

Zahlen

Noch mehr Zahlen

Relationen

Kapitel 1

Deutschland auf einen Blick

Deutschland, das sind gut 357.000 Quadratkilometer Fläche und rund 83 Millionen Menschen. Interessant wird es natürlich erst, wenn man sich genauer anschaut, wie diese 357.000 Quadratkilometer aussehen und was die 83 Millionen Menschen so treiben.

Zum Einstieg greife ich dazu erst einmal tief in die Zahlenkiste. Ich weiß: Viele Menschen mögen Zahlen überhaupt nicht (während andere sie lieben). Unter 350.000 Quadratkilometer können sich die meisten wenig vorstellen. (Ich auch nicht.) Wenn man aber anfängt, Zahlen in Relation zueinander zu setzen und Dinge zu vergleichen, dann werden sie plötzlich auch für Nicht-Zahlen-Freaks spannend. Deswegen werde ich Ihnen in diesem ersten Kapitel nicht möglichst wenige, sondern sehr viele Zahlen präsentieren. Sie müssen sie sich nicht alle merken. Trotzdem denke ich, dass Einwohner, Fläche und andere Größen für Sie am Ende mehr Gestalt gewonnen haben werden. Und in den folgenden Kapiteln kommt dann auch noch Fleisch auf die Knochen.

Grund und Boden

Ein Land besteht zunächst einmal aus seinem Staatsgebiet. Grenzen legen genau fest, wo das Hoheitsgebiet einer Nation aufhört und das seiner Nachbarn beginnt. Wie groß ein Land ist, welche Nachbarn es hat und wie es geologisch gestaltet ist, stellt eine sehr grundlegende Prägung dar.

Größe, Grenzen, Nachbarn

Deutschland ist, wie bereits gesagt, gut 357.000 Quadratkilometer groß. Ganz genau sind es laut dem aktuellen Wert des Statistischen Bundesamtes: 357.582 Quadratkilometer.

Was bedeutet das im internationalen Vergleich? In Europa steht Deutschland hinter Russland (17 Millionen Quadratkilometer, davon knapp vier Millionen europäisch), der Ukraine (gut 600.000 Quadratkilometer), Frankreich (gut 550.000 Quadratkilometer), Spanien (gut 500.000 Quadratkilometer) und Schweden (gut 450.000 Quadratkilometer) auf Platz 6, weltweit landet es, was die Größe angeht, auf Platz 62; knapp hinter Japan und unmittelbar vor der Republik Kongo.

(Unter den europäischen Staaten gehören übrigens auch noch Finnland, Norwegen, Polen und Italien – in dieser Reihenfolge – zum Club der Länder mit mehr als 300.000 Quadratkilometer Fläche.)



Historisch gesehen war Deutschland natürlich einmal größer:

- ✓ Weimarer Republik (1918–1933): 468.787 Quadratkilometer
- ✓ Deutsches Kaiserreich (1871–1918): 540.858 Quadratkilometer (mit Kolonien 3.628.584 Quadratkilometer)
- ✓ Deutscher Bund (1815–1866): 630.100 Quadratkilometer
- ✓ Heiliges Römisches Reich (962–1806): bis zu 900.000 Quadratkilometer. Aber im Grunde kann man das mittelalterliche Kaiserreich nicht mit späteren deutschen Staatsgebilden vergleichen. Zum einen hatten die erhobenen Ansprüche und die reale Macht oft wenig miteinander zu tun. Zum anderen war das Reich ausdrücklich supranational (mehr dazu in Kapitel 4).

Mit seiner Lage im Zentrum von Europa ist Deutschland eines der nachbarreichsten Länder der Welt. Insgesamt grenzen neun Staaten an: Dänemark, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, die Schweiz, Österreich, die Tschechische Republik und Polen.

Weltweit ist das (zusammen mit der Demokratischen Republik Kongo) Platz 4 hinter China und Russland (jeweils 14 Nachbarn) und Brasilien (zehn Anrainerstaaten). Die längste gemeinsame Grenze besteht zu Österreich und Tschechien mit jeweils 817 Kilometern, die kürzeste zu Dänemark mit 68 Kilometern. Insgesamt hat Deutschland 3876 Kilometer Außengrenzen.



Zu den Landgrenzen kommen noch einmal knapp 2400 Kilometer Küstenlinie, von der etwa die Hälfte zum Festland gehört, die andere Hälfte Inseln begrenzt. Küstenlinien sind aufgrund ihrer veränderlichen Gestalt schwer zu messen, weshalb es meist nur (aufgrund der unterschiedlichen Methoden uneinheitliche) Annäherungen gibt.

Auch die Hoheitsgewässer (bis zu zwölf Seemeilen ab der Küste, sofern es keine Kollisionen mit Nachbarländern gibt) und die *Ausschließliche Wirtschaftszone* (AWZ, bis zu 200 Seemeilen ab der Küste) zählen nicht zum Staatsgebiet, obwohl ein Staat in seinen Hoheitsgewässern die volle Souveränität hat und in der AWZ alle Fischereirechte, das Recht, Bodenschätze auszubeuten, sowie Bohrinnseln, Windparks et cetera zu installieren und Naturschutzgebiete auszuweisen. Die deutsche AWZ macht knapp 33.000 Quadratkilometer aus und reicht in der Nordsee in Form eines Entenschnabels bis zur Doggerbank. Diese steht unter Naturschutz, östlich davon liegen diverse Offshore-Windparks, das Ölfeld Mittelplatte und ein Gasfeld.

Das deutsche Staatsgebiet setzt sich bekanntermaßen aus 16 Bundesländern zusammen. Immer wieder gab es in der Vergangenheit Überlegungen, möglichst gleich große Länder zu schaffen. Letztendlich aber waren historische Traditionen stärker, sodass die 16 Länder eine recht unterschiedliche Größe haben, wie Tabelle 1.1 zeigt.

Land	Fläche
Bayern	70.541 km ²
Niedersachsen	47.709 km ²
Baden-Württemberg	35.748 km ²
Nordrhein-Westfalen	34.112 km ²
Brandenburg	29.654 km ²
Mecklenburg-Vorpommern	23.294 km ²
Hessen	21.115 km ²
Sachsen-Anhalt	20.454 km ²
Rheinland-Pfalz	19.858 km ²
Sachsen	18.449 km ²
Thüringen	16.202 km ²
Schleswig-Holstein	15.804 km ²
Saarland	2571 km ²
Berlin	891 km ²
Hamburg	755 km ²
Bremen	419 km ²

Tabelle 1.1: Die deutschen Bundesländer nach Größe

Von den deutschen Bundesstaaten

- ✓ grenzen fünf ans Meer: Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen (mit Bremerhaven) und Hamburg (mit Neuwerk).
- ✓ sind vier reine Binnenstaaten: Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Berlin.
- ✓ hat Rheinland-Pfalz drei ausländische Nachbarn (Belgien, Luxemburg und Frankreich), Nordrhein-Westfalen (Niederlande und Belgien), das Saarland (Luxemburg und Frankreich), Baden-Württemberg (Frankreich und die Schweiz), Bayern (Österreich und Tschechien) und Sachsen (Tschechien und Polen) je zwei. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern (jeweils Polen), Schleswig-Holstein (Dänemark) und Niedersachsen (Niederlande) einen.
- ✓ hat Niedersachsen die meisten inländischen Nachbarn, nämlich neun: Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Dagegen haben Bremen, Berlin und das Saarland jeweils nur einen inländischen Nachbarn.



Wissen Sie, was der Zipfelbund ist? Es handelt sich dabei um einen Zusammenschluss der nördlichsten Gemeinde Deutschlands (List auf Sylt) mit der südlichsten (Oberstdorf), der westlichsten (Selfkant) und der östlichsten (Görlitz).

Die weiteste Entfernung innerhalb Deutschlands sind 900 Kilometer zwischen dem Lister Ellenbogen und Schönau am Königssee. Luftlinie. Auf der Straße sind es mindestens 200 Kilometer mehr.

Und wo liegt die Mitte des Landes? Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Verbindet man die Zipfelorte, dann liegt ihr Schnittpunkt in der Nähe von Kassel. Zieht man gerade Linien von den äußersten, Deutschland begrenzenden Längen- und Breitengraden landet man in Niederdorla in Thüringen. Ebenso, wenn man ein zweidimensionales Flächenmodell (ohne Zwölf-Meilen-Zone und Inseln) von Deutschland austariert und den geometrischen Schwerpunkt sucht.

Kohle, Salz und Sand: was Bodenschätze wert sind

Was ist dieser Boden wert? Bei dieser Frage fallen als erstes die »Bodenschätze« ins Auge. Deutschland gilt allgemein als rohstoffarmes Land. Doch das stimmt nicht wirklich.

1. Gerade an einigen, für die Entwicklung besonders wichtigen Rohstoffe, herrschte kein Mangel. Deutschland verfügte über große Vorkommen an Braun- und Steinkohle und lange Zeit auch über genügend Eisenerze, sowie Kali und Salz, Ton, Steine und Erden.
2. Aufgrund der vielfältigen Geologie finden sich aber auch viele andere Rohstoffe, wenn auch in geringer Menge. In der Vergangenheit abgebaut wurden
 - Kohle: Braun-, Pech-, Schiefer- und Steinkohle
 - Metalle: Aluminium, Antimon, Blei, Eisen, Gold, Kobalt, Indium, Lithium, Kupfer, Mangan, Molybdän, Nickel, Quecksilber, Silber, Uran, Wismut, Wolfram, Zink und Zinn
 - Mineralien und Gesteine: Alaun, Anhydrit, Bims, Carnallit, Dachschiefer, Dolomit, Farberde, Feldspat, Flussspat, Edelsteine (Achat, Amethyste, Jaspis, Opale und Topase), Gips, Grafit, Kaolin, Kali, Kalk, Kalzit, Kies, Kreide, Lehm, Marmor, Phosphor, Porphy, Quarz, Sand, Sandstein, Schiefer, Schwefel, Schwerspat, Steinsalz, Ton, Tuffstein
 - Erdgas
 - Erdöl und Ölschiefer



Deutsches Erdöl? Möglicherweise haben Sie davon noch nie gehört. Dabei fand 1858 in dem kleinen Ort Wietze am Südrand der Lüneburger Heide die wahrscheinlich erste Bohrung der Welt statt – nachdem man zuvor Öl aus oberirdischen Teerkuhlen gewonnen hatte. Heute gibt es mehr als 50 aktive Felder, die über ganz Deutschland verstreut sind. Daraus werden jährlich etwa zwei Millionen Tonnen Rohöl gewonnen, über die Hälfte durch Offshore-Anlagen im Ölfeld Mittelplatte. Das sind etwas mehr als zwei Prozent des Bedarfs

hierzulande. In den 1960er Jahren dagegen stammte noch fast ein Drittel des Öls aus heimischen Quellen.

Die vorhandenen Rohstoffe reichten aus, um Deutschland zu einem der technisch dynamischsten Länder der Welt zu machen und Mitte des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung anzuschieben (mehr dazu in Kapitel 2).



Die Mär von der deutschen Ressourcenarmut kam Ende des 19. Jahrhunderts auf. Für den gewaltigen industriellen Boom reichten die deutschen Bodenschätze tatsächlich nicht mehr aus und man war auf Importe angewiesen. Diese Abhängigkeit war für viele nicht leicht zu verkraften und die Angst vor Lieferengpässen trieb ungute Blüten. So hatte die deutsche Schwerindustrie eigentlich kein Problem, genügend Erz aus Schweden, Frankreich und Spanien zu beziehen. Doch 1911 initiierten nationalistische Kreise im Rahmen der Zweiten Marokkokrise eine radikale Kampagne, die einen direkten Zugriff auf die Erzvorkommen in Marokko zur »nationalen Überlebensfrage« stilisierte. Die Länder, mit denen man dadurch in Konflikt geriet, waren ausgerechnet die bisherigen Erzlieferanten Frankreich und Spanien.

Heute jedoch stellt sich nicht mehr die Frage, was vorhanden ist, sondern wo sich der Abbau lohnt. Veränderungen der Rohstoffpreise jedoch können die Ausbeutung der teils nicht unbeträchtlichen Vorkommen wieder wirtschaftlich werden lassen. So wurden und werden im Erzgebirge neue Gruben für die Minerale Calciumfluorid (Flussspat, Fluorit) und Bariumsulfat (Schwerspat, Baryt) sowie für Wolfram und das für Batterien so begehrte Lithium eröffnet.



Die Frage, was sich lohnt, war in der DDR mit ihren eingeschränkten Handelsbeziehungen deutlich anders beantwortet worden als in der BRD. Die SDAG (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft) Wismut etwa war einer der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe der DDR und der viertgrößte Produzent von Uran weltweit. In mehr als 400 Schächten im Erzgebirge wurden bis 1990 über 200.000 Tonnen des strahlenden Gesteins gefördert. Mehr als 130.000 Tonnen sind noch im Boden, was den Bedarf der deutschen Atomindustrie weit über die beschlossenen Restlaufzeiten hinaus decken würde. Doch die Förderung lohnt sich nicht mehr, da die Standards in puncto Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz heute immens hoch sind. Also bezieht Deutschland sein Uran vor allem von Frankreich, das es wiederum aus Australien, Kanada, Kasachstan und dem Niger bekommt, wo es teilweise unter katastrophalen Umwelt- und Arbeitsbedingungen gewonnen wird.

Heute sind die wichtigsten Bodenschätze in Deutschland

- ✓ Steine und Erden,
- ✓ Braunkohle,
- ✓ Kali und Salz.

Den mengenmäßig größten Anteil machen rund 250 Millionen Tonnen Bausand und -kies aus. Das klingt nicht gerade nach einem kostbaren Schatz, doch das täuscht. Bausand gehört

inzwischen zu den begehrtesten Rohstoffen der Welt, denn nicht jeder Sand eignet sich zum Bauen. Der in der Sahara und anderen Sandwüsten zum Beispiel ist viel zu glatt und fein. Dass es in Deutschland ein ausreichendes Angebot verschiedenster Sande, Steine und Erden gibt, erleichtert alle Bauvorhaben – seien es Gebäude, sei es Infrastruktur – immens. Allerdings drohen gerade Sande knapp zu werden. Viele Vorkommen sind erschöpft und die größten noch vorhandenen Ressourcen schlummern unter Naturschutzgebieten, weshalb Baustoffrecycling an Bedeutung gewinnt.

Zwiespältig ist der Wert der Braunkohle. Vor allem rund um Leipzig, in der Lausitz und am Niederrhein sind 36 Milliarden Tonnen vorhanden, etwa ein Achtel der weltweiten Reserven. Nur Russland und Australien verfügen über mehr. Und was die Fördermengen betraf, war Deutschland sogar Weltspitze. Braunkohle war im Tagebau relativ billig abzubauen und an Ort und Stelle einsetzbar. Doch dieser Schatz ist im wahrsten Sinne des Wortes vergiftet. Wegen der gravierenden Umweltverschmutzung bei der Verbrennung ist der politische Entschluss gefallen, mittelfristig darauf zu verzichten.



Steinkohle hat etwa dreimal so viel Heizwert wie Rohbraunkohle und immer noch rund 50 Prozent mehr als aufbereitete Braunkohle. Mit 82 Milliarden Tonnen sind die deutschen Ressourcen sogar noch größer als bei der Braunkohle, machen aber trotzdem nur ein halbes Prozent der weltweiten Vorkommen aus. Weil Steinkohle in der Regel tief in der Erde liegt, ist die Gewinnung aufwendig und teuer. Bereits vor dem politischen Aus des Steinkohlebergbaus im Jahr 2019 wurde dieser massiv subventioniert. Für die deutsche Industriegeschichte waren die Steinkohlevorkommen jedoch von immenser Bedeutung (mehr dazu in Kapitel 2).

Die Salzgewinnung hat in Deutschland eine lange Tradition. Ortsnamen wie Halle, Bad Reichenhall und Schwäbisch Hall weisen auf alte Salinenstandorte hin. Heute werden rund 16 Millionen Tonnen Steinsalz und sieben Millionen Tonnen Kalisalz, ein Ausgangsstoff für Mineraldünger, gefördert. Das sind rund fünf beziehungsweise zehn Prozent des weltweiten Bedarfs. Damit ist Deutschland viertgrößter Salz- und fünftgrößter Kaliproduzent der Welt.

Schätze über Tage: Wald, Wiesen und Ackerland

Und wie sieht es über der Erde aus? Der erste Blick gilt dem, was da wächst:

Landwirtschaft

Obwohl Deutschland ein Industriestaat ist, wird immer noch die Hälfte des Bodens landwirtschaftlich genutzt. Knapp 70 Prozent dieser Fläche ist Ackerfläche. Der Rest besteht vor allem aus Grünland.

Etwas mehr als die Hälfte der Ackerfläche wird mit Getreide bebaut, wovon wiederum die Hälfte Weizen ist. An zweiter Stelle steht – schließlich ist Deutschland Bierland – die Gerste. Futtermais wächst auf gut zehn Prozent der Äcker. Es folgen Raps, Zuckerrüben, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Obst und Gemüse, Sonnenblumen und Öllein.



Das Ausmaß der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland mag überraschen, vor allem, wenn man weiß, dass nur noch gut zwei Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind. Doch der Agrarsektor hat in den letzten 100 Jahren eine gewaltige Produktivitätssteigerung erfahren. Während ein Landwirt damals etwa vier Menschen ernährte, sind es heute fast 150. Bei weniger als 300.000 landwirtschaftlichen Betrieben und etwa 900.000 Arbeitskräften arbeiten im Schnitt nur gut drei Menschen in jedem Betrieb – und diese zu 50 Prozent auch noch Teilzeit.

Regional gibt es deutliche Unterschiede. So werden Schweine in Deutschland vor allem in Großbetrieben im Münsterland gemästet, wo auf den Äckern dann auch vorwiegend Futtermais steht. Rinder grasen eher in Friesland und im Voralpenraum – wenn sie denn auf die Weide dürfen und nicht dauerhaft im Stall stehen. Weizen wird bevorzugt in der Mitte Deutschlands und an der Ostseeküste erzeugt. Raps dominiert im Osten. Der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe liegt deutlich unter zehn Prozent. Besonders wenige gibt es im Nordwesten.

Insgesamt werden in Deutschland gut 28 Millionen Schweine und elf Millionen Rinder gehalten. Über 40 Millionen Legehennen produzieren gut zwölf Milliarden Eier, was bedeutet, dass jede Henne fast täglich ein Ei liefert. Während die Fleischproduktion leicht rückläufig ist, steigt die Ei-Erzeugung an.

Wald

Knapp ein Drittel der Fläche Deutschlands ist mit Wald bedeckt. Die walddreichsten Bundesländer sind Hessen und Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von über 42 Prozent. Dagegen sind in Schleswig-Holstein nur elf Prozent der Fläche bewaldet, in Hamburg etwas über fünf und in Bremen keine zwei.



Sogar Berlin hat mehr Waldfläche als Schleswig-Holstein. Der berühmte Grunewald, Spandauer, Tegeler und Düppeler Forst sowie zahlreiche kleinere Waldgebiete bedecken insgesamt 18 Prozent der Stadtfläche.

Insgesamt nimmt die Waldfläche durch konsequente Aufforstung leicht zu. Noch gibt es etwas mehr Nadel- als Laubwald. Doch die forstwirtschaftlichen Bemühungen gehen dahin, die reinen Nadelwälder nach und nach in Laubmischwälder umzuwandeln.

Experten schätzen, dass in den deutschen Wäldern ungefähr 90 Milliarden Bäume stehen. Gut ein Viertel davon sind Fichten, etwa 22 Prozent Kiefern. Die wichtigsten Laubbäume sind die Buche mit einem Anteil von etwa 15 Prozent und die Eiche mit zehn Prozent. Unter Naturschutz stehen nur etwa sechs Prozent der Waldfläche.



Hätten Sie gedacht, dass es in Deutschland zwei Millionen Waldbesitzer gibt? Neben dem Staat, den Bundesländern und Gemeinden gehören dazu Zweckverbände, Stiftungen, Genossenschaften, die Kirchen sowie einzelne Privatpersonen. Größter Waldeigentümer ist der Freistaat Bayern mit knapp 780.000 Hektar. Dagegen besitzen die privaten Waldeigentümer im Schnitt jeweils nur etwa drei Hektar.

Statistisch gesehen erwirtschaften Land- und Forstwirtschaft zusammen mit der Fischerei weniger als ein Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung. Doch diese Zahl verzerrt die reale Bedeutung, da nur die – schmale – Gewinnmarge bei der Erzeugung der Rohstoffe gemessen wird. Bis Getreide, Schweine und Holz veredelt zu Brot und Schinken, Möbeln und Papiererzeugnissen beim Endverbraucher landen, entsteht ein Vielfaches an Wertschöpfung.

Was wir sonst noch haben

Dazu kommen

- ✓ 1,7 Prozent Heide, Gehölze, Moor und Sumpf,
- ✓ 1,1 Prozent Felsen, Geröll, Dünen und Gletscher (sogenanntes »Unland«),
- ✓ 0,4 Prozent Tagebaue, Steinbrüche und Ähnliches.

Wo sich die Menschen breit machen: Siedlungen und Straßen

Bebaut sind nicht ganz 15 Prozent des deutschen Bodens.

- ✓ Fünf Prozent mit Verkehrswegen,
- ✓ 9,3 Prozent mit Siedlungen, inklusive Industrie- und Gewerbe, sowie Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen.

Möglicherweise wundern Sie sich, dass all die Dörfer, Städte und Straßen so wenig Platz beanspruchen. Es wird doch immer wieder die Versiegelung des Bodens angeprangert. Wo ist bei noch nicht einmal 15 Prozent das Problem?

1. Die Tendenz ist stetig steigend. Jeden Tag kommt etwa ein halber Quadratmeter dazu.
2. Vor allem Verkehrswege zerschneiden und entwerten natürliche Lebensräume, auch wenn sie in reinen Zahlen nicht viel Platz beanspruchen.
3. Ein Großteil der bebauten Fläche ist dicht versiegelt. Das stört viele natürliche Prozesse. Unter anderem kann kein Wasser ablaufen und die Fläche heizt sich bei Hitze besonders auf. Das kann lokal durchaus beträchtliche Probleme verursachen.
4. Jenseits der 15 Prozent fängt nicht etwa die reine Natur an. Ein großer Teil dieser Flächen besteht aus überdüngten agrarischen Monokulturen. Teilweise sind Straßenränder und städtische Brachen ökologisch wertvoller, von einem pestizidfreien Hausgarten gar nicht erst zu reden.

Organisation auf Kommunalebene: Städte, Dörfer, Kreise

Organisiert sind die deutschen Siedlungen in gut 10.000 selbstständigen, höchst unterschiedlichen Gemeinden (Kommunen).

Ex- und Enklaven

Ein Kuriosum ist die Gemeinde Büsingen am Hochrhein. Sie liegt im Osten der Schweizer Stadt Schaffhausen und ist vollständig von Schweizer Territorium umschlossen. Damit ist sie eine Schweizer Enklave beziehungsweise deutsche Exklave. Der Grund ist ein Streit im 17. Jahrhundert zwischen der Stadt Schaffhausen und den Behörden der österreichischen Grafschaft Nellenburg, zu der Büsingen damals gehörte. Die Österreicher schworen, dass Schaffhausen Büsingen nie erhalten sollte und verkaufte später zwar andere Teile Nellenburgs an die Schweiz, nicht jedoch Büsingen. Nach der österreichischen Niederlage gegen Napoleon fiel es an dessen württembergischen Verbündeten, später an Baden.

Auch an der belgischen Grenze sind einige Teile der Städte Monschau, Simmerath und Roetgen Exklaven. Denn nach dem Ersten Weltkrieg musste Deutschland die Kreise Eupen und Malmedy sowie die Vennbahn zwischen Aachen und Luxemburg an Belgien abtreten. Die teils auf deutschem Boden verlaufende Trasse wurde belgisches Hoheitsgebiet und schnürte kleine Territorien zwischen Bahnstrecke und Grenze ein. Heute ist der Bahnbetrieb längst eingestellt, die Trasse größtenteils in einen Fahrradweg umgewandelt – der offiziell aber immer noch belgisch ist.

Gut 2000 der deutschen Kommunen sind Städte (2019: 2056). Stadt ist, wer das Stadtrecht verliehen bekommen hat. In früheren Zeiten war das ein sehr weitreichendes Privileg (mehr dazu in Kapitel 3). Heute hat der Titel »Stadt« rechtlich eigentlich keine Bedeutung mehr. Auf Antrag kann eine Gemeinde trotzdem noch das Stadtrecht verliehen bekommen, wenn sie in Bezug auf Bevölkerungszahl, Siedlungsform und wirtschaftliche Verhältnisse »städtischen Charakter« hat. Das kann auch durch Zusammenschluss geschehen.



Kennen Sie die Stadt Südliches Anhalt? Sie hat gut 13.000 Einwohner und hat sich 2010 aus 24 selbstständigen Ortschaften mit 50 Ortsteilen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld gebildet. Hauptort und Verwaltungssitz ist Weißandt-Gölzau. Der »Stadtgründung« war ein Zusammenschluss zur Verwaltungsgemeinschaft Südliches Anhalt vorausgegangen

Noch verstreuter sind die insgesamt 48 Ortsteile, die zur einstigen Hansestadt Gardelegen in der Altmark gehören. Mit 632 Quadratkilometern hat sie nach Berlin (891 Quadratkilometer) und Hamburg (755 Quadratkilometer) die flächenmäßig größte Ausdehnung.

Von den deutschen Städten sind 81 Großstädte. Das heißt: Sie haben mehr als 100.000 Einwohner. Vier (Berlin, Hamburg, München und Köln) sind Millionenstädte.



Am dichtesten besiedelt ist München mit mehr als 4700 Einwohnern pro Quadratkilometer. Das klingt extrem – vor allem, wenn man es mit Deutschlands am dünnsten besiedelter Gemeinde vergleicht, dem waldreichen Wiedenborsstel in Schleswig-Holstein, wo gerade einmal 2,4 Menschen pro Quadratkilometer leben. Andererseits gilt auch Paris – mit rund 21.000 Einwohnern pro Quadratkilometer europäischer Spitzenreiter – noch als recht lebenswerte Stadt. (Die Walled City auf Hongkongs Halbinsel Kowloon dagegen, die eine Dichte von 1,3 Millionen Menschen pro Quadratkilometer erreichte, wurde aus gutem Grund in den 1990er Jahren abgerissen).

Die deutschen Kommunen sind zu 294 Landkreisen zusammengefasst. Dazu kommen 107 kreisfreie Städte.



Kreisfrei sind in der Regel die Großstädte. Doch es gibt Ausnahmen. Zwölf Großstädte (über 100.000 Einwohner) sind nicht kreisfrei. Dagegen hat die kleinste kreisfreie Stadt Zweibrücken nur knapp 35.000 Einwohner.

Regierungsbezirke als Verwaltungseinheit zwischen Kreis- und Landesebene gibt es nur in vier Bundesländern:

- ✓ Baden-Württemberg: Karlsruhe, Stuttgart, Freiburg, Tübingen
- ✓ Bayern: Unterfranken, Mittelfranken, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben, Oberbayern, Niederbayern
- ✓ Hessen: Kassel, Gießen, Darmstadt
- ✓ Nordrhein-Westfalen: Münster, Detmold, Düsseldorf, Arnsberg, Köln

In Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden die Regierungsbezirke zwischen 2000 und 2012 abgeschafft. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen haben nie welche besessen. Die Bezirke der drei Stadtstaaten hingegen sind nicht mit Regierungsbezirken der Flächenländer vergleichbar, sondern eher mit Stadtbezirken anderswo.

Flüssiges Gold: Seen und Flüsse

Seen und Flüsse nehmen in Deutschland 2,2 Prozent der Fläche ein. Das klingt wenig. Im seenreichen Finnland etwa sind mehr als zehn Prozent der Landesfläche mit Wasser bedeckt. Trotzdem gehört Deutschland zu den eher wasserreichen Staaten. Knapp die Hälfte des Wassers ist fließend (Bäche und Flüsse), die andere Hälfte stehend (Seen und Weiher).

Die Frage nach dem längsten deutschen Fluss ist nicht eindeutig. Es gibt vier Antworten:

1. Die **Donau** hat von den deutschen Flüssen insgesamt die größte Länge, nämlich 2857 Kilometer (von der Bregquelle aus gemessen, nicht erst vom Zusammenfluss von Breg und Brigach bei Donaueschingen). Doch nur 647 Kilometer fließen auf deutschem Staatsgebiet. Das ist nur Platz 4 hinter Rhein, Weser und Elbe.

2. Der **Rhein** ist mit insgesamt 1233 Kilometern deutlich kürzer als die Donau. Doch 865 Kilometer verlaufen auf deutschem Territorium (oder stellen die Grenze dar), womit er das längste deutsche Fließgewässer ist. Doch er ist ebenso wie Elbe (1245 Kilometer, davon 727 in Deutschland), Oder (1045 Kilometer, davon 179 in Deutschland) und Donau eben kein rein deutscher Fluss.
3. Der längste nur in Deutschland fließende Fluss ist eigentlich die **Weser** mit 750 Kilometern. Doch auf den ersten 300 Kilometern heißt sie Werra. Erst nach dem Zusammenfluss mit der Fulda trägt sie den Namen Weser.
4. Der längste rein deutsche Fluss, der auf ganzer Länge den gleichen Namen trägt, ist damit der 569 Kilometer lange **Main**.

Relevanter ist jedoch der Blick auf die großen Flusssysteme. Tabelle 1.2. gibt einen Überblick.

Fluss	Einzugsgebiet (Deutschland)	Quelle	Mündung	Wichtige Nebenflüsse
Rhein	102.159 km ²	bei Disentis (Schweiz)	Nordsee (Niederlande)	Neckar, Main, Nahe, Lahn, Mosel, Sieg, Wupper, Ruhr, Lippe
Elbe	97.125 km ²	bei Spindlermühle (Tschechien)	Nordsee bei Cuxhaven	Schwarze Elster, Mulde, Saale, Havel,
Donau	56.113 km ²	bei Furtwangen (Schwarzwald)	Schwarzes Meer (Rumänien)	Iller, Wörnitz, Lech, Altmühl, Naab, Regen, Isar, Inn
Weser	41.094 km ²	bei Hildburghausen (Thüringer Wald)	Nordsee bei Bremerhaven	Große Aue, Aller, Hunte
Ems	17.934 km ²	bei Schloss Holte-Stukenbrock (Teutoburger Wald)	Nordsee bei Emden	Große Aa, Hase, Leda

Tabelle 1.2: Die größten deutschen Flusssysteme

Wie Tabelle 1.2 zeigt, fließt nur die Donau mit all ihren Nebenflüssen nach Süden in das Schwarze Meer. Alle anderen großen deutschen Flusssysteme entwässern in die Nordsee, einige kleinere (Eider, Schlei, Trave, Warnow, Peene und die Oder, deren deutsches Einzugsgebiet sehr klein ist) in die Ostsee. Das liegt daran, dass zwischen dem Einzugsgebiet der Donau und dem der anderen Flüsse die *europäische Hauptwasserscheide* verläuft.

Diese beginnt – soweit es Deutschland betrifft – in den Allgäuer Alpen zwischen Iller und Bodensee, schlägt um diesen (durch den ja der Rhein fließt) einen Bogen in den Schwarzwald um die Donauquellen herum, führt dann in nordöstlicher Richtung über die Schwäbische und Fränkische Alb zum Fichtelgebirge und von dort entlang der deutsch-tschechischen Grenze nach Südosten.



Norwegen hat Fjorde, Deutschland hat Förden. Beides sind schmale, von Gletschern gegrabene Meeresbuchten. Warum sehen Schlei und Eckernförder Bucht, Kieler und Flensburger Förde dann weniger spektakulär aus als die norwegischen Fjorde? Obwohl beide Worte natürlich die gleiche Wurzel haben, wurden

die norwegischen Fjorde (und die schottischen Firth') während der Eiszeiten von seewärts wandernden Gletschern gegraben, während sich die Gletscher, die für die deutschen Förden (und die Fjorde an der dänischen Ostküste) verantwortlich waren, von der vereisten Ostsee aus Richtung Land schoben, was ein anderes, nicht ganz so atemberaubendes Relief hinterließ. Im Übrigen ist es kein Zufall, dass viele Alpenrandseen wie etwa der Königssee fjordähnlich anmuten. Sie wurden auf die gleiche Art von Gletschern ausgefräst wie die Fjorde. Nur der Meerzugang fehlt.

Deutschlands See der Superlative ist der **Bodensee**, an dem auch Österreich und die Schweiz ihren Anteil haben. Auch er ist ein von den Eiszeiten geformter Gletscherrandsee. Er ist

- ✓ mit einer Fläche von 536 Quadratkilometern der größte See Deutschlands.
- ✓ mit einer Tiefe von 251,14 Metern der tiefste.
- ✓ mit einem Volumen von 48,5 Kubikkilometern der wasserreichste.



Aber ist der Bodensee wirklich ein deutscher See? Im Prinzip ja, aber ... Das Problem ist, dass Deutschland, Österreich und die Schweiz im größten Teil des Bodensees, dem Obersee, nie Grenzen festgelegt haben. Das heißt: Das Ufer stellt die Grenze dar. Die Wasserfläche ist internationales Territorium und wird nicht zum Staatsgebiet der drei Anrainer gerechnet.

Von den unzweifelhaft deutschen Seen hat

- ✓ die Müritz (Mecklenburg-Vorpommern) mit 112,6 Quadratkilometern die größte Fläche.
- ✓ der Starnberger See (Bayern) mit knapp drei Kubikkilometern das größte Volumen.
- ✓ ebenfalls der Starnberger See mit 127,8 Metern die größte Tiefe.

Von den künstlich angelegten Stauseen hat

- ✓ der Forggensee (Bayern) mit 15,2 Quadratkilometern die größte Fläche.
- ✓ die Bleilochtalsperre (Thüringen) mit 0,215 Kubikkilometern das größte Volumen.
- ✓ die Rappbode (Sachsen-Anhalt) mit 106 Metern über dem Grund das höchste Absperrwerk.
- ✓ der Altmühlsee (Bayern) mit 12,5 Kilometern das längste Absperrwerk, das den See vollständig umringt.

Deutschland, deine Menschen

Deutschlands wertvollste Ressource, so heißt es oft, sind Wissen und Erfindungen, also die Menschen mit ihren Ideen, ihrem Engagement und ihrer Arbeitskraft – und natürlich auch mit ihren Steuerzahlungen.



Menschen als Ressource, das gilt oft als Notlösung, die Länder, die über keinerlei Bodenschätze verfügen, aktivieren müssen. Die Realität zeigt, dass das keineswegs so ist. Vielmehr erweisen sich reiche Bodenschätze in den meisten Fällen als Verhängnis. Denn deren Ausbeutung kommt in der Regel nur den herrschenden Schichten zugute. Diese haben damit ausgesorgt und keinerlei Interesse daran, in die Bildung und das Wohlergehen der Bevölkerung zu investieren, da sie als potenzielle Steuerzahler nicht benötigt werden. Allgemeine Wohlfahrt und demokratische Strukturen haben unter diesen Bedingungen kaum eine Chance, sich zu entwickeln.

Volkszählung

Derzeit leben in Deutschland etwa 83 Millionen Menschen. Wie aber sah es in der Vergangenheit aus?

- ✓ Das viel größere deutsche Kaiserreich hatte bei seiner Gründung im Jahr 1871 nur 41 Millionen Einwohner.
- ✓ Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es 56 Millionen Einwohner – und viele hatten Angst, dass der Platz auf Dauer nicht für alle reichen würde.
- ✓ Als Deutschland 1945 in Besatzungszonen aufgeteilt wurde, gab es 51 Millionen »Wessis« und 18,4 Millionen »Ossis«. Bis zum Mauerbau sank die Zahl im Osten auf 17,2 Millionen. Im Westen stieg sie auf 56 Millionen. Beim Fall der Mauer war der Osten weiter geschrumpft – auf 16,4 Millionen Menschen, während die Bevölkerung im Westen auf 62,6 Millionen gewachsen war. Das ergab zusammen gut 79 Millionen wiedervereinigte Deutsche.
- ✓ Bis 1997 stieg die Zahl der Einwohner auf 82 Millionen. 2011 gab es eine Delle mit nur 80,2 Millionen Bewohnern, die unter anderem durch den großen Zustrom von Flüchtlingen 2015 wieder wettgemacht wurde.

Ost und West

1989 standen 21 Prozent »Ossis« 79 Prozent »Wessis« gegenüber. Heute hat sich das Verhältnis weiter verschoben. Im Westen wohnen 68,9 Millionen Menschen (83,1 Prozent), im Osten 14,1 Millionen (16,9 Prozent). Berlin habe ich bei dieser Berechnung entlang der alten Grenzen geteilt (während es in den meisten Statistiken geografisch korrekt, aber historisch eben nur halb wahr, komplett dem Osten zugeschlagen wird, was den Blick auf das Schrumpfen der Bevölkerung dort verzerrt).

Allerdings hat Ostberlin im internen Ranking gegenüber dem Westen deutlich aufgeholt. Denn der Bevölkerungszuwachs in der Hauptstadt seit der Wiedervereinigung ging beinahe komplett auf das Konto des Ostens, während die Einwohnerzahl im Westteil nahezu konstant geblieben ist. Natürlich stammen viele heutige Bewohner der Ostberliner Bezirke Mitte oder Pankow aus dem Westen oder gar nicht aus Deutschland.

Doch statistisch erfassbar sind West und Ost nach der Wiedervereinigung eben nur noch geografisch, nicht im Hinblick auf Herkunft und soziale Befindlichkeit.

83 Millionen Menschen auf 357.000 Quadratkilometern ergibt eine *Bevölkerungsdichte* von 232 Einwohnern pro Quadratkilometer. Weltweit ist das Rang 41. Dichter besiedelt sind vor allem Kleinststaaten und Inseln. In Europa etwa Monaco, der Vatikan, San Marino, Liechtenstein, Luxemburg und Malta, aber auch Großbritannien (272 Einwohner pro Quadratkilometer), die Niederlande (412) und Belgien (367).

Auch die Rangfolge der deutschen Bundesländer sieht etwas anders aus, wenn man nicht auf die Fläche, sondern die Bevölkerungszahl blickt, wie Tabelle 1.3 verdeutlicht.

Land	Bevölkerung (2019)
Nordrhein-Westfalen	17,9 Millionen
Bayern	13 Millionen
Baden-Württemberg	11 Millionen
Niedersachsen	7,9 Millionen
Hessen	6,2 Millionen
Sachsen	4 Millionen
Rheinland-Pfalz	4 Millionen
Berlin	3,6 Millionen
Schleswig-Holstein	2,8 Millionen
Brandenburg	2,5 Millionen
Sachsen-Anhalt	2,2 Millionen
Thüringen	2,1 Millionen
Hamburg	1,8 Millionen
Mecklenburg-Vorpommern	1,6 Millionen
Saarland	0,9 Millionen
Bremen	0,6 Millionen

Tabelle 1.3: Die deutschen Bundesländer nach Bevölkerungszahl

Migration und Hintergrund

Nicht alle Einwohner Deutschlands sind auch wirklich deutsche Staatsbürger. Etwa elf Millionen Menschen mit einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis in Deutschland besitzen *keinen deutschen Pass*. Von diesen sind etwa eineinhalb Millionen als Kinder ausländischer Eltern in Deutschland geboren.

Noch einmal etwas anderes ist der Anteil der *Migranten* an der Gesamtbevölkerung. Migration heißt »Wanderung«. Ein Migrant ist also jemand, der von einem Land dauerhaft in ein

anderes ausgewandert ist. Diese Erfahrung haben etwa 13,5 Millionen der in Deutschland lebenden Menschen gemacht.

Statistisch werden meist aber nicht Migranten erfasst, sondern »*Menschen mit Migrationshintergrund*«. Darunter fiel bis 2016 jeder, der entweder selbst nicht in Deutschland geboren war oder mindestens einen Elternteil hat, der im Ausland geboren wurde. Ob USA oder Papua-Neuguinea, Top-Manager oder Asylbewerber spielt dabei keine Rolle. Auch sogenannte »Spätaussiedler«, also Angehörige deutscher Minderheiten aus anderen Ländern (und ihre hier geborenen Kinder), wurden früher dazu gezählt. Inzwischen wurde die Definition des »Migrationshintergrundes« jedoch geändert. Nun kommt es nicht mehr darauf an, wo jemand geboren ist, sondern ob er beziehungsweise seine Eltern bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Das heißt: Jemand, der im Ausland geboren wurde, weil sich seine deutschen Eltern dort vorübergehend aufhielten, hat keinen Migrationshintergrund – obwohl er tatsächlich migriert ist –, jemand, dessen Eltern (beziehungsweise einer davon) als Nichtdeutsche in Deutschland geboren wurden, aber schon – obwohl es in der Familie keinerlei unmittelbare Migrationserfahrung gibt.

Insgesamt haben gut 20 Millionen Menschen in Deutschland auf die ein oder andere Art einen solchen »Hintergrund«.



Der Begriff »Migrationshintergrund« wurde in den 1990er Jahren von Grundschulpädagogen geprägt, die darauf hinwiesen, dass man beim Problem mangelnder Deutschkenntnisse nicht nur auf die Staatsangehörigkeit schauen dürfe. Auch heute wird die Erwähnung eines »Migrationshintergrundes« oft mit Problemen in Verbindung gebracht. Die Gesamtzahl von 20 Millionen lässt diese Probleme dann riesig erscheinen – obwohl es reicht, einen Elternteil zu haben, der etwa mit österreichischem Pass geboren wurde (und damit nicht einmal eine Sprachbarriere zu überwinden hatte), um in dieser Statistik zu landen.

Von den 13,5 Millionen tatsächlich zugewanderten Menschen, die in Deutschland leben, kamen (2019) rund 9 Millionen aus Europa, 3,4 Millionen aus Asien, 0,6 Millionen aus Afrika, 0,4 Millionen aus Amerika und einige wenige aus Australien und Ozeanien.

Haupterkunftsländer waren:

- ✓ Polen: 1,6 Millionen
- ✓ Türkei: 1,3 Millionen
- ✓ Russland: 1 Million
- ✓ Kasachstan: 0,9 Millionen
- ✓ Rumänien und Syrien: jeweils 0,7 Millionen
- ✓ Italien: 0,5 Millionen
- ✓ Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien und die Ukraine: jeweils 0,3 Millionen
- ✓ Afghanistan, Irak, Iran, Österreich, Serbien und Ungarn: jeweils 0,2 Millionen

- ✓ China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Marokko, Niederlande, Pakistan, Portugal, Spanien, Tschechien, die USA und Vietnam: jeweils 0,1 Millionen
- ✓ andere Länder: insgesamt rund 3 Millionen

Diese 13,5 Millionen Menschen leben im Durchschnitt schon seit fast 21 Jahren in Deutschland. Die meisten sind in Nordrhein-Westfalen (3,3 Millionen), Baden-Württemberg (2,3 Millionen) und Bayern (2,2 Millionen) zu Hause. Die wenigsten (92.000) in Mecklenburg-Vorpommern.



Bei Statistiken über den Ausländeranteil muss man genau hinsehen, was gemessen wird. Wird nach dem Migrationshintergrund gefragt, dann kommen die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin, aber auch Flächenländer wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen auf Werte über 30 Prozent, die ostdeutschen Länder auf etwa acht Prozent. Tatsächliche Ausländer beziehungsweise Menschen mit eigener Migrationserfahrung gibt es jedoch deutlich weniger. In den Stadtstaaten liegen die Werte bei knapp 20 Prozent, während es in den ostdeutschen Ländern durchgehend weniger als sechs Prozent sind. Allerdings ist der Prozentsatz der Flüchtlinge unter den Ausländern im Osten höher. Aber nicht etwa, weil dorthin mehr verteilt würden, sondern weil es dort kaum andere Ausländer bzw. Migranten gibt.

Nichtdeutschen Hintergrund kann man jedoch auch ohne Migration haben. Die anerkannten ethnischen Minderheiten sind traditionell in Deutschland heimisch – entweder weil sie überhaupt nie oder aber schon vor Jahrhunderten eingewandert sind. Das sind:

- ✓ Schleswiger Dänen
- ✓ Friesen
- ✓ Sorben
- ✓ Sinti und Roma

Als anerkannte Minderheit haben sie das Recht auf staatliche Unterstützung bei der Pflege ihrer jeweils eigenen Kultur (mehr dazu in Kapitel 8).

Von wegen Pyramide: Geschlechterverhältnis und Altersstruktur

Die Frauen haben in Deutschland die Oberhand. Allerdings nicht sehr. Von den 83 Millionen Bewohnern sind knapp 41 Millionen Männer, gut 42 Millionen Frauen. Schaut man nur auf die Menschen mit deutschem Pass, ist das Land sogar noch etwas weiblicher: Da stehen gut 37 Millionen Frauen 35 Millionen Männern gegenüber. Bei den Nichtdeutschen haben im Umkehrschluss die Männer mit knapp sechs Millionen gegenüber gut fünf Millionen Frauen die Nase vorn.

Der Blick in die Bundesländer offenbart keine großen Differenzen. In allen leben etwas mehr Frauen als Männer – auch im Osten, obwohl häufig beklagt wird, dass von dort deutlich mehr Frauen abwandern als Männer. Aber über die Situation in einzelnen Orten und Regionen sagt dieser Gesamtsaldo natürlich nichts aus.

Weniger ausgewogen ist die Altersstruktur. 2019 gab es knapp 800.000 Neugeborene in Deutschland. Die Generation der 55-jährigen dagegen war mit über 1,4 Millionen fast doppelt so groß. Selbst in den Jahrgängen der 78- und 79-jährigen gab es mehr Menschen als in jeder Jahrgangsstufe der unter 18-jährigen. Wenn man das grafisch darstellt, dann ergibt sich keine gleichmäßige Pyramide, sondern ein sehr unförmiges Wesen, mit einem spitzen Hut, einem deutlichen Einschnitt bei den 1944 bis 1946 Geborenen, breiten Schultern, ausgefahrenen Ellenbogen, die von den »Babyboomer«-Jahrgängen 1955 bis 1969 herrühren, rundlichen Hüften – die Kinder der späten 1980-er Jahre – und eine immer dünner werdende Basis, die ihre schmalste Stelle mit 724.000 Angehörigen des Jahrgangs 2011 hat und danach wieder geringfügig breiter wird.



Eine sehr detaillierte, anschauliche und animierte Altersgrafik – weit besser als jede Momentaufnahme, die man in einem Buch abdrucken könnte – findet sich auf der Website des Statistischen Bundesamtes: service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/index.html. Da lässt sich zum Beispiel verfolgen, wie sich die Einschnitte durch die beiden Kriege über die Jahrzehnte verschieben. Oder die Welle der Babyboomer nach oben wandert. Wer will, kann auch verschiedene Modellrechnungen bis ins Jahr 2060 verfolgen.

Bei solchen Altersfiguren werden traditionell Männer links, Frauen rechts der Mittelachse aufgeführt. Dabei sieht man, dass die Überzahl der Frauen keineswegs darin begründet ist, dass weniger Mädchen geboren werden. Im Gegenteil! Bei der Geburt haben die Jungen die Nase leicht vorn. Erst im Alter von etwa 55 Jahren kehrt sich das Geschlechterverhältnis um. Wegen ihrer längeren Lebenserwartung und der kriegsbedingten Dezimierung der Männer in der Vergangenheit dominieren nun die Frauen.



Dass mehr Jungen geboren werden, ist kein deutsches Phänomen. Weltweit kommen auf ein Mädchen im Schnitt 1,01 Jungen. Phänomene wie das bewusste Abtreiben von Mädchen in einigen Ländern sind da schon herausgerechnet. Das Sterblichkeitsrisiko vor der Geburt ist jedoch für die Geschlechter nicht gleich. Im frühen Stadium der Schwangerschaft sterben im Schnitt mehr männliche Föten, im späten mehr weibliche und insgesamt eben geringfügig mehr Mädchen.



Eine gleichmäßige Alterspyramide wird oft als ideale Verteilung dargestellt. Aber das ist Quatsch. Eine solche Pyramidenform, bei der in jedem Jahrgang ungefähr gleich viele Menschen sterben, ergibt sich nur in Gesellschaften mit relativ hoher Kindersterblichkeit – was kein Ideal sein kann. Moderne Gesellschaften streben eher die sogenannte »Bienenstockform« an: einen ziemlich gleichmäßigen Unterbau, der sich erst jenseits der 60 durch erhöhte Sterblichkeit immer weiter zuspitzt. Auch die Weltalterspyramide ist inzwischen eher eine Glocke, bei der die Sterblichkeit erst jenseits der 40 Jahre stark zunimmt.

Arbeit und Bildung

Es mag zynisch erscheinen, Menschen vor allem als »Humankapital« zu betrachten. Doch für eine Gesellschaft ist es nun mal prägend, welcher Prozentsatz ihrer Mitglieder erwerbstätig ist und wie gut der Bildungsstand ist.

Mit und ohne Job

Von den 83 Millionen deutschen Einwohnern ist nur etwas mehr als die Hälfte erwerbstätig, nämlich rund 46 Millionen. Der Rest ist natürlich nicht einfach arbeitslos, sondern zu alt, zu jung, zu krank, noch in der Ausbildung oder unbezahlt tätig im Haushalt, in der Kindererziehung, der Pflege oder ehrenamtlich. Sieht man nur auf die Menschen im »erwerbsfähigen Alter« – das sind beim Statistischen Bundesamt alle zwischen 16 und 65 Jahren – dann sind 79,6 Prozent aller Männer und 72,1 Prozent aller Frauen erwerbstätig.

Arbeitslose Menschen gab es Ende 2019 in Deutschland 2,2 Millionen. Gut 1,2 Millionen davon waren Männer, knapp eine Million Frauen, gut 40.000 Jugendliche unter 20 Jahren. Damit lag die Arbeitslosenquote knapp unter fünf Prozent. Nun gibt es natürlich eine ständige Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt und nicht jeder, der seinen Job verliert oder aufgibt, hat sofort eine Anschlussbeschäftigung. Eine gewisse Arbeitslosigkeit ist also völlig normal und hat nichts mit prekären Verhältnissen zu tun. Deshalb ist der Blick auf die Langzeitarbeitslosen wichtig, die schon über ein Jahr ohne Job sind und damit auch kein Arbeitslosengeld I mehr erhalten, sondern Hartz IV (Arbeitslosengeld II) beziehen. Dies betraf vor Beginn der Coronakrise etwa ein Drittel aller Arbeitslosen in Deutschland.



Als arbeitslos gilt nur, wer amtlich so registriert ist. Wer gar nicht arbeiten kann oder nicht will (etwa, weil er über ein großes Erbe oder einen wohlhabenden Partner verfügt), der taucht auch nicht in der Statistik auf.

Allerdings monieren Kritiker, dass auch registrierte Arbeitslose aus der Statistik herausfallen, wenn sie gerade irgendeine arbeitspolitische Maßnahme – von der Fortbildung bis zum Ein-Euro-Job – absolvieren, vorübergehend krank sind, als Hartz-IV-Empfänger älter als 58 Jahre sind oder sich jeder Maßnahme verweigern. Experten vermuten, dass da ungefähr noch mal eine Million »versteckte Arbeitslose« dazukommt.

Aber auch die Erwerbstätigen waren nicht alle vollbeschäftigt und sozial abgesichert.

- ✓ Etwa neun Prozent (4,1 Millionen) waren selbstständig, davon etwa die Hälfte »solo-selbstständig«. Sie beschäftigten also keine Mitarbeiter.
- ✓ Etwa zehn Prozent (4,6 Millionen) waren ausschließlich geringfügig (für unter 450 Euro im Monat) beschäftigt.
- ✓ Gut 21 Prozent (15 Millionen) arbeiteten Teilzeit (das heißt weniger als 35 Wochenstunden).



Von allen berufstätigen Frauen mit minderjährigen Kindern arbeitet nur ein Drittel Vollzeit, zwei Drittel Teilzeit. Bei den Vätern der Kinder liegt die Quote derer, die ihre Stunden reduziert haben, nur bei gut fünf Prozent. Insgesamt machen Männer nur rund 20 Prozent aller Teilzeit-Beschäftigten aus. Bei ihnen sind reduzierte Stundenzahlen eher ein Phänomen des höheren Lebensalters. Insgesamt aber ist der Anteil derer, die Teilzeit arbeiten, sowohl bei Männern wie Frauen im Steigen begriffen.

Viele Menschen hatten jedoch mehr als einen Job.

- ✓ Etwa drei Millionen hatten neben ihrer regulären Arbeit noch einen Minijob.
- ✓ Etwa 750.000 Menschen gingen neben ihrem Job noch einer selbstständigen Profession nach.
- ✓ Gut 300.000 Menschen hatten zwei sozialversicherungspflichtige Jobs.
- ✓ Knapp 300.000 hatten zwei oder mehr Mini-Jobs.

Durchschnitte

D. Durchschnittsverdiener bekommt in Deutschland knapp 4000 Euro brutto im Monat (ohne Sonderzahlungen) und arbeitet dafür 39,3 Stunden in der Woche. Ist D. jedoch eine Dora bekommt sie im Schnitt für dieselbe Arbeitszeit 20 Prozent weniger als ein Detlev (mehr dazu in Kapitel 7). Lebt D. in Hessen kann er oder sie sogar mit über 4200 Euro rechnen, in Mecklenburg-Vorpommern nicht einmal mit 3000 Euro. Auch wenn das Leben in Schwerin rund zehn bis fünfzehn Prozent billiger ist als in Wiesbaden, bleibt da ein fühlbares Minus. Vor allem aber kommt es darauf an, was D. so tut. Wenn Detlev in einer Klinik für den Mindestlohn putzt, kommt er im Jahr auf knapp 20.000 Euro. Gut möglich, dass Dora, die es im selben Haus zur Chefärztin gebracht hat, diese Summe jeden Monat auf ihrem Gehaltszettel findet.

Auf dem Sprung: Schüler, Studenten, Azubis

Wie aber ist es um den Nachwuchs bestellt?

Ungefähr elf Millionen der Deutschen sind Schüler. Von ihnen gehen etwa

- ✓ 2,8 Millionen in die Grundschule
- ✓ 0,4 Millionen in die Hauptschule
- ✓ 0,8 Millionen auf die Realschule
- ✓ 1,5 Millionen auf Gesamtschulen
- ✓ 2,2 Millionen aufs Gymnasium

- ✓ 2,5 Millionen auf berufliche Schulen
- ✓ 0,3 Millionen auf Förderschulen
- ✓ 0,04 Millionen auf Abendschulen

Wenn Sie schon etwas älter sind, denken Sie jetzt vielleicht, dass diese Zahlen nicht stimmen können, weil Sie sich erinnern, dass aus Ihrer Volksschulklasse gerade mal drei oder vier Schüler auf das Gymnasium gegangen sind und auch nur eine Minderheit auf die Realschule, das Gros aber die Hauptschule besuchte. Doch das hat sich grundlegend geändert. Während die Hauptschule früher als ausreichende und vernünftige Bildungsstätte für Schüler galt, die zu einer vorwiegend praktischen Arbeit tendierten, bekam sie um die Jahrtausendwende den Ruf einer »Resterampe« für schlechte Schüler. Sie wurde deswegen gründlich reformiert, in manchen Bundesländern sogar ganz abgeschafft (mehr dazu in Kapitel 7).

Doch auch der Anteil der Abiturienten stieg stetig. Noch 1960 machten nur sechs Prozent eines Jahrgangs das Abitur. Zwanzig Jahre später war der Anteil immerhin schon auf über 20 Prozent gestiegen. Inzwischen schafft etwas mehr als die Hälfte eines Jahrgangs die Hochschulreife, davon

- ✓ machen etwa 35 Prozent das Abitur an einer allgemeinbildenden Schule
- ✓ bekommen etwa fünf Prozent die allgemeine Hochschulreife an beruflichen Schulen
- ✓ erlangen ungefähr elf Prozent die Fachhochschulreife an beruflichen Schulen.

Am anderen Ende der Skala beenden etwa sechseinhalb Prozent die Schule ganz ohne Abschluss.



Schaut man genauer hin, dann sind die Abiturientenquoten in Deutschland höchst unterschiedlich. Während im Jahr 2017 in Potsdam 58 Prozent des Schülerjahrgangs Abitur machten, waren es zur gleichen Zeit in den Landkreisen Würzburg und Bayreuth nur elf Prozent. Generell gibt es in den Städten mehr Abiturienten als auf dem Land, wo höhere Schulen oft immer noch schwer erreichbar sind, dafür aber Lehrberufe traditionell höher im Kurs stehen. Auch sind im Norden die Quoten deutlich höher als im Süden. Dahinter steckt auch eine unterschiedliche Philosophie. Während die meisten Bundesländer versuchen, möglichst hohe Abschlussquoten zu erzielen, ist man in Bayern stolz darauf, dass die Abiturprüfungen den Ruf haben, besonders schwer zu sein. Im Gegenzug ist allerdings der Ruf der Hauptschule dort besser als anderswo.

Im Schnitt haben Mädchen die bessere Bildung als Jungen. Nur gut fünf Prozent von ihnen gehen ohne Abschluss ab, fast 60 Prozent erlangen die Hochschulreife, während beim männlichen Geschlecht etwa acht Prozent keinen Abschluss haben und nicht ganz die Hälfte das Abitur oder Fachabitur macht.

Die Zahl der Studierenden in Deutschland liegt bei etwa 2,9 Millionen. Der Anteil von Männern und Frauen hält sich hier in etwa die Waage.

Von den Studierenden in Deutschland besuchen etwa

- ✓ 1,75 Millionen eine Universität.

- ✓ 1 Million eine Fachhochschule.
- ✓ 53.000 eine Verwaltungsfachhochschule.
- ✓ 37.000 eine Kunsthochschule.
- ✓ 25.000 eine Pädagogische Hochschule.
- ✓ 2.500 eine Theologische Hochschule.

In Ausbildung stehen etwa 1,3 Millionen Jugendliche. Männer sind unter den Azubis mit fast zwei Dritteln deutlich überrepräsentiert. Die mit Abstand gefragtesten Berufe sind Bürokaufleute und Kfz-Mechatroniker mit je etwa fünf Prozent aller Auszubildenden. Es folgen Industriekaufleute, Industriemechaniker, medizinische Fachangestellte, Elektroniker, Verkäufer, Fachinformatiker, Großhandelskaufleute und Anlagenmechaniker.

Arme Rentner, reiche Pensionäre?

Etwas mehr als 25 Millionen Deutsche beziehen eine Rente. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie alle im Rentenalter sind.

- ✓ Rund 18,2 Millionen erhalten Altersrenten.
- ✓ Rund 1,8 Millionen erhalten Renten aufgrund verminderter Erwerbsfähigkeit.
- ✓ Rund 5,3 Millionen erhalten Witwer- oder Witwenrenten.
- ✓ Rund 0,3 Millionen erhalten Waisenrenten.

Die durchschnittliche Altersrente lag 2018 (vor Einführung der Grundrente!) im Westen für Männer bei 1130 Euro, für Frauen bei 647 Euro (gemeinsamer Durchschnitt: 804 Euro). Im Osten betrug sie 1226 Euro für Männer und 962 Euro für Frauen (zusammen: 1075 Euro).

Kann nicht stimmen, meinen Sie? Hört man nicht immer, dass die Renten im Osten niedriger als die im Westen sind? Ist diese Tatsache nicht ein ständiges Ärgernis im West-Ost-Verhältnis? Stimmt! Wenn man die Renten nach mindestens 35 Beitragsjahren ansieht, dann liegen die ostdeutschen Länder (mit Ausnahme von Ost-Berlin), was die Männerrenten angeht, auch ganz hinten. Doch 35 Jahre muss man erst einmal zusammenbekommen und hier weisen die ehemaligen DDR-Bewohner und vor allem -Bewohnerinnen konstantere und längere Erwerbsbiografien ohne Lücken und Teilzeit auf. Trotz niedrigerer Rentensätze bekommen sie so am Ende im Schnitt mehr raus. Aber auch im Westen bilden die Rentenhöhen die wirtschaftlichen Verhältnisse vor Jahrzehnten ab. Deshalb liegen die durchschnittlichen Männerrenten (nach mindestens 35 Jahren) in den Bergbau-Ländern Saarland und Nordrhein-Westfalen, wo die Plackerei der Kumpel auch ordentlich entlohnt wurde, über 100 Euro höher als die in Bayern, das noch lange recht ländlich geprägt war.



Deutschland gehört zu den Ländern mit dem höchsten Rentengefälle zwischen Männern und Frauen überhaupt. Im Schnitt bekommen Frauen über 40 Prozent weniger als Männer. Dagegen beträgt der Durchschnitt in den OECD-Staaten nur 25 Prozent.

Zu den Rentnern kommen noch etwa 1,3 Millionen Beamte und andere im öffentlichen Dienst Beschäftigte, die Pensionen erhalten. »Fette Pensionen« heißt es gelegentlich etwas neidisch und in der Tat können Pensionsberechtigte mit 40 Dienstjahren 71,75 ihrer letzten Gehälter einstreichen. Im Durchschnitt bekommt der deutsche Pensionär so rund 3000 Euro und damit mehr als dreimal so viel wie der Rentner. Aber natürlich ziehen auch keine Geringverdiener, wenig qualifizierte Kräfte und Menschen mit sehr bunten Erwerbsbiografien den Schnitt nach unten. Jobs, für die es Pensionen gibt, sind im gehobenen Sektor angesiedelt und gehen meist mit lebenslanger Beschäftigungsgarantie einher. Trotzdem gibt es neben Spitzenbeamten mit wirklich traumhaften Pensionen auch einige, bei denen keine 1000 Euro übrigbleiben. Insgesamt lassen sich Renten und Pensionen wegen der völlig anderen Berechnung und Beschäftigungsstrukturen sehr schwer vergleichen.

Industriearbeiter und Solo-Selbstständiger: die Erwerbverhältnisse in Deutschland

Wenn es um den Arbeitsmarkt geht, stehen meist die Industriebetriebe im Mittelpunkt. Siemens und die großen Autobauer, dazu die vielen mittelständischen Betriebe erscheinen als Rückgrat des Stellenmarktes. Doch das täuscht. Nur noch etwa 5,7 Millionen Menschen sind in der Industrie tätig. Die Tendenz geht wieder leicht nach oben, aber ist weit von früheren Zahlen entfernt.

Handwerk hat goldenen Boden, heißt es traditionell. Tatsächlich sind die Beschäftigtenzahlen im Handwerk während der letzten zehn Jahre sehr stabil – mit leichter Tendenz nach oben. 2018 wurden fünfeinhalb Millionen Handwerker registriert. Also fast genauso viele wie Industriearbeiter.

Damit kommt das produzierende Gewerbe auf etwas mehr als elf Millionen Arbeitsplätze. Dem stehen etwa dreimal so viele Jobs im Dienstleistungssektor gegenüber.



Die Arbeitsplätze im produzierenden oder Dienstleistungsgewerbe werden von 3,4 Millionen Unternehmern gestellt. Allerdings ist der Löwenanteil der Unternehmen mit 3,1 Millionen sehr klein und hat – wenn überhaupt – weniger als zehn Mitarbeiter. Nur rund 2800 Unternehmen haben mehr als 1000 Mitarbeiter, weniger als 100 über 10.000.

Zu den gewerbetreibenden Unternehmern kommen noch etwa 1,4 Millionen Freiberufler. Dazu zählen selbstständig tätige Künstler, Publizisten, Wissenschaftler, Erzieher, Therapeuten, Angehörige von Heilberufen oder Menschen mit beratender Tätigkeit wie Rechtsanwälte, Steuerberater, Buchprüfer, Ingenieure und Architekten.

Der historische Beruf schlechthin dagegen, der des Bauern, ist zur Randerscheinung geworden. Nur etwa 0,6 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland noch in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei.



Größter Arbeitgeber in Deutschland ist der Staat. Rund fünf Millionen Menschen arbeiten im öffentlichen Dienst. Davon sind etwa zehn Prozent beim Bund angestellt, etwa die Hälfte bei den Ländern, ein knappes Drittel bei den Kommunen und etwas mehr als sieben Prozent bei den Sozialversicherungsträgern.

Knapp zwei Drittel arbeiten im Angestelltenverhältnis, etwas mehr als ein Drittel ist verbeamtet. Dazu kommen noch rund 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten.

Jeder nach seiner Façon – woran die Deutschen glauben

Kulturell ist Deutschland natürlich ein Land mit einer überwiegend christlichen Tradition. Im Mittelalter waren alle anderen Religionen mit Ausnahme des Judentums sogar verboten. Doch verfassungsrechtlich ist der Staat heute zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet und das Grundgesetz garantiert jedem Bürger Religionsfreiheit:

»Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.«

Artikel 4, Grundgesetz

Kathedralen und Dome: christliches Deutschland

Christliches Abendland war einmal. Heute gehören nur noch rund 47 Millionen Deutsche einer christlichen Kirche an. Das ist zwar noch über die Hälfte, aber eben nicht mehr. Und die Tendenz ist fallend. Im gesamten Osten sind Christen in der Minderheit, aber auch in großen Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet, Hamburg oder dem Rhein-Main-Raum um Frankfurt und Mainz.

Die katholische Kirche ist mit 23 Millionen Gläubigen nur geringfügig größer als die evangelische mit 21 Millionen. Dazu kommen noch etwa 1,7 Millionen orthodoxe Christen und eine ähnliche Anzahl, die Freikirchen oder anderen christlichen Gemeinschaften angehört. Katholische Hochburgen sind Bayern und der Westen, protestantische der Norden und die Mitte Deutschlands, aber auch Teile Frankens oder der Pfalz.

Die katholische Kirche ist in 27 Bistümer untergliedert, die wiederum sieben Kirchenprovinzen mit einem Erzbischof an der Spitze angehören. Diese sind: Bamberg, Berlin, Freiburg, Hamburg, Köln, München-Freising und Paderborn. Oberstes Gremium ist die Bischofskonferenz mit einem gewählten Vorsitzenden. Die Bischöfe selbst werden vom Papst ernannt. Es gibt etwa mehr als 10.000 Gemeinden, gut 13.000 Priester (von denen aber 5500 entweder schon in Rente sind oder nicht im Gemeindedienst tätig waren). Dazu kommen knapp 4000 Ordensmänner und gut 13.000 Ordensfrauen. Die höchste Laienvertretung ist das *Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)*, das aber keine Entscheidungsbefugnis hat.

Die evangelische Kirche besteht aus 20 Kirchen, meist Landeskirchen mit einem Zuschnitt, der den Ländern der Weimarer Republik entspricht. Sie sind in der *Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)* organisiert. Beschlussfassendes Gremium ist die Synode, in die jede Landessynode ihre Delegierten wählt. Daneben gibt es eine »Regierung«, bestehend aus einem 15-köpfigen gewählten Rat. Ratsvorsitzender ist meist, aber nicht zwingend ein Bischof, der Rat selbst aus Bischöfen und Laien gemischt. Seit 1992 gibt es auch Bischöfinnen,

Margot Käßmann war 2009 bis 2010 die erste Ratsvorsitzende. Die EKD gehört dem weltweiten *Ökumenischen Rat der Kirchen* an (in dem neben protestantischen, auch altkatholische, orthodoxe und altorientalische Kirchen organisiert sind, jedoch keine römisch-katholischen). Es gibt in Deutschland knapp 14.000 protestantische Gemeinden und rund 20.000 Pfarrer und Pfarrerinnen.



Die überwiegende Mehrheit der deutschen Protestanten gehört der lutherischen Kirche an. Die meisten der 20 Landeskirchen sind jedoch uniert, also auch für andere protestantische Konfessionen offen, etwa Reformierte. Prominente Reformierte waren die Hohenzollern von Friedrich dem Großen bis Wilhelm II. Das führte dazu, dass reformierte Christen gemessen an ihrer Gesamtzahl in preußischen Hof- und Staatsämtern überrepräsentiert waren.

Assoziiert mit der EKD ist die *Herrnhuter Brüdergemeine*, die 1722 von Nikolaus Ludwig von Zinzendorf im Verein mit protestantischen Glaubensflüchtlingen aus Böhmen begründet wurde.

Gut sichtbares Zeichen der christlichen Tradition in Deutschland sind rund 45.000 Kirchen, auch hier etwas mehr katholische als protestantische. Als älteste deutsche Kirche gilt der Trierer Dom, der um 340 entstand. Allerdings sind nur Relikte des Gemäuers noch original. Den größten Teil seines heutigen spätromanischen Erscheinungsbildes bekam der Dom im 13. Jahrhundert.



Im Trierer Dom wird der sogenannte »Heilige Rock« aufbewahrt, den Jesus Christus getragen haben soll. Zusammen mit den angeblichen Gebeinen der Heiligen Drei Könige im Kölner Dom gehörte er zu den wertvollsten Reliquien in Deutschland, die einst große Pilgerströme anzogen. Doch Wallfahrten unterliegen Moden. Später zogen Berichte von Wundern (zum Beispiel Wunderblutkirche in Bad Wilsnack) oder wundertätigen Bildern (meist von Maria, der Mutter Jesus) unzählige Gläubige an. Heute ist Altötting, wo eine mittelalterliche Marienstatue verehrt wird, mit bis zu einer Million Pilgern im Jahr Deutschlands meist besuchter Wallfahrtsort.

Das Verhältnis der christlichen Kirchen zu den staatlichen Stellen ist sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene geregelt und zwar durch

1. Staatskirchenverträge,
2. Kirchenprivilegien, die den Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährt werden.

Sowohl die teils schon sehr alten Verträge wie die Ausgestaltung der Privilegien tragen der überwiegend christlichen Geschichte und Kultur Rechnung, etwa durch die vielen christlichen Feiertage. Insgesamt ist die Trennung zwischen Staat und Kirche nicht so strikt wie das beispielsweise in Frankreich praktiziert wird. Stattdessen gibt es Kooperationen auf sehr vielen Ebenen. Dazu gehört, dass auch kirchlich betriebene Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Seniorenheime oder Hilfsdienste zu einem großen Teil staatlich finanziert werden, weil die Kirchen dabei öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Als wichtige

gesellschaftliche Kräfte sind Vertreter der Kirchen auch in Rundfunkräten oder Ethik-Kommissionen vertreten.



Eine deutsche Besonderheit, die es so in wenigen anderen Ländern gibt, ist die Kirchensteuer. Der Staat zieht sie von Kirchenmitgliedern zusammen mit der Einkommensteuer ein und gibt sie an die Kirchen weiter, die damit ihre Ausgaben finanzieren.

»Warum nur die christlichen Kirchen?«, fragen Sie jetzt vielleicht. Gebietet es nicht die Neutralität des Staates alle weltanschaulichen Gruppen gleich zu behandeln? Doch, natürlich. Doch der Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist auf hierarchische Gebilde mit offiziellen Mitgliederlisten wie die christlichen Kirchen zugeschnitten. Abgesehen davon können auch andere Religionsgemeinschaften und weltanschauliche Gruppen, die die Voraussetzungen erfüllen, diesen Status beantragen und die damit verbundenen Privilegien nutzen. So lassen zum Beispiel auch die jüdischen Gemeinden ihre Kultussteuer durch den Staat einziehen. Und auch der *Bund für Geistesfreiheit Bayern*, der *Humanistische Verband*, diverse Freikirchen, freireligiöse Vereinigungen, die *Zeugen Jehovas*, *Christian Science* und die *Heilsarmee* haben den Status einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft.

Doch wie will man vertragliche Regeln mit einer religiösen oder weltanschaulichen Gruppe vereinbaren, die in keiner Weise »verfasst« ist? Vielleicht haben Sie hin und wieder mitbekommen, welche Schwierigkeiten es bereitet, Übereinkommen mit der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland zu erzielen. Meistens bringt sich dann DITIB in Stellung, die *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.* Sie vertritt über 900 religiöse Vereine und ist mit Abstand die größte islamische Gemeinschaft in Deutschland. Aber sie vertritt eben nur konservative, sunnitische Muslime mit türkischen Wurzeln, was das Spektrum des Islam bei Weitem nicht abbildet (und untersteht außerdem der direkten Kontrolle des türkischen Präsidenten). Als bisher einzige muslimische Gemeinschaft ist die Ahmadiyya-Gemeinde als öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft anerkannt.

Moslems und Moscheen: Der Islam legt zu

Wie viele Muslime in Deutschland leben, ist nicht so leicht zu erfassen wie die christliche Religionszugehörigkeit. Schließlich gibt es bei ihnen keinen amtlichen Beitritt und keine Erfassung zum Behuf der Kirchensteuerveranlagung. Wer einmal im Leben vor Zeugen das muslimische Glaubensbekenntnis (Schahada) gesprochen hat, gilt auf ewig als Muslim. Schätzungen gehen von etwa viereinhalb Millionen in Deutschland lebenden Muslimen aus, was 5,4 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprechen würde. Die Tendenz ist wegen der Zuwanderung und der im Schnitt höheren Geburtenrate steigend. Gleichzeitig tritt der Islam aber auch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Während früher Zuwanderer in »Hinterhofmoscheen« ihren Glauben lebten und das niemanden außer sie selbst interessierte, ist die muslimische Community heute einerseits selbstbewusster.

Andererseits ist auch das Interesse der Nicht-Muslime viel größer, allerdings in vielen Fällen nicht aus positiver Neugier, sondern aus Angst vor radikalen Tendenzen im Islam.

Da es keine genauen Zahlen gibt, ist es auch schwer zu sagen, wie viele Gläubige welcher muslimischen Richtung angehören. Dominant ist auf jeden Fall der sunnitische Islam. Vermutlich sind fast drei Viertel aller in Deutschland lebenden Muslime Sunniten.



Die Zahl der radikalen Salafisten, einer ultrakonservativen Strömung des sunnitischen Islam, wird vom Verfassungsschutz auf 12.000 geschätzt. Gerade unter den Führerfiguren befinden sich nicht wenige konvertierte Deutsche.

Daneben gibt es schätzungsweise

- ✓ rund 500.000 Aleviten, die fast alle türkische Wurzeln haben. Aleviten, die viele Wesensmerkmale des sunnitischen Islam ablehnen, wurden in der Türkei oft verfolgt.
- ✓ etwa 225.000 Zwölfer-Schiiten, die der schiitischen Hauptrichtung angehören, die zwölf Imame anerkennt. Sie stammen überwiegend aus dem Iran und Irak. Viele sind bereits vor der Islamischen Revolution 1979 geflohen.
- ✓ rund 70.000 Alawiten, die einer schiitischen Konfession angehören, die vor allem in Syrien verbreitet ist.
- ✓ rund 40.000 Angehörige der Ahmadiyya-Gemeinde, einer islamischen Reformbewegung, die im 19. Jahrhundert in Indien entstand und von vielen anderen Muslimen abgelehnt wird
- ✓ etwa 10.000 Angehörige verschiedener Sufi-Orden. Diese pflegen eine mystische Religionsauffassung und sind teils sunnitisch, teils schiitisch, teils keiner Richtung zugehörig. Die größte Gruppe sind die alevitischen Bektaschi-Sufis, eine Richtung die unter albanischen und kosovarischen Muslimen verbreitet ist.
- ✓ knapp 2000 Ismaeliten beziehungsweise Siebener-Schiiten, die die zweitgrößte schiitische Richtung darstellen.
- ✓ einige Hundert Angehörige anderer Richtungen.

Die erste ständige Moschee in Deutschland wurde 1928 in Berlin-Wilmersdorf errichtet. Sie gehörte der Ahmadiyya-Gemeinde und existiert noch heute.



Zuvor hatte es nur eine provisorische Moschee in einem Kriegsgefangenenlager im brandenburgischen Wünsdorf gegeben. Im sogenannten Halbmondlager hatte man während des Ersten Weltkriegs alle muslimischen Gefangenen aus der französischen und britischen Armee interniert. Indem man ihnen bei der Ausübung ihrer Religion entgegenkam, hoffte man sie zum Abfall von ihren einstigen Kolonialherren zu bewegen.

Heute gibt es etwas über 200 Moscheen in Deutschland und über 2500 Beträume, oft auch als Hinterhofmoscheen bezeichnet.

Juden in Deutschland: ein sensibles Verhältnis

Nach den Verbrechen des Holocaust ist es ein Wunder, dass überhaupt noch Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland leben wollen. Doch rund 200.000 bis 250.000 Juden tun dies. Gut ein Fünftel davon ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von dort eingewandert. Ermöglicht wurde dies durch ein vereinfachtes Verfahren, das die letzte, freigeählte Volkskammer der DDR auf den Weg gebracht hatte. Sie tat dies ausdrücklich vor dem Hintergrund, dass die DDR zuvor jegliche Verantwortung für die deutsche Geschichte vor 1945 stets von sich gewiesen hatte.

Etwa 100.000 der deutschen Juden beziehungsweise gut 100 jüdische Gemeinden sind im *Zentralrat der Juden in Deutschland* organisiert. Gut 5000 beziehungsweise 20 Gemeinden gehören der *Union progressiver Juden* an. Daneben gibt es noch zahlreiche jüdische Kulturvereine und natürlich die Menschen, die sich als jüdisch verstehen, ohne religiös organisiert zu sein. Die größten Gemeinden gibt es in Berlin mit rund 11.000 Mitgliedern, in München mit knapp 9000 und Düsseldorf mit gut 7000. Insgesamt gibt es rund 130 Synagogen und Gebetsäle.



Im Judentum gibt es drei große Strömungen: liberal, konservativ und orthodox. Während in den USA das liberale Judentum dominiert, ist es in Deutschland eine Minderheit. Es ist vor allem in der *Union progressiver Juden* organisiert, während der Zentralrat eher konservativ ist. Regional gibt es oft Einheitsgemeinden, unter deren Dach die verschiedenen Strömungen ihren Glauben leben können.

Mit dem Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam gibt es seit 1999 auch wieder eine Ausbildungsstätte für Rabbiner (Schriftgelehrte) und Kantoren (Vorbeter) in Deutschland. Es gehört der liberalen Richtung an und ist nach einem Vordenker des deutschen Reformjudentums im 19. Jahrhundert benannt. 2006 wurden dort die ersten deutschen Rabbiner nach dem Holocaust ordiniert, 2010 die erste Rabbinerin.

Von der Römerzeit bis zum Holocaust

Das deutsche Judentum hat uralte Wurzeln. Spätestens ab dem vierten Jahrhundert lebten Juden in den Siedlungen des römischen Germaniens wie der Stadt Köln. Im Mittelalter gab es in den rheinischen Städten bedeutende jüdische Gemeinden. Viele ihrer Mitglieder waren im Fernhandel tätig und nutzten dafür die Kontakte zwischen jüdischen Gemeinden in Europa, Vorderasien und Nordafrika. Die ersten Pogrome gab es im Frühjahr 1096. Nach ähnlichen Ereignissen in Frankreich ermordeten marodierende Kreuzfahrer in Mainz, Worms und Speyer etwa 1500 Menschen. Gleichzeitig radikalisierte sich die Haltung der Kirche und wurde (auch in anderen Bereichen) immer intoleranter und dogmatischer. Von da an war die Geschichte der Juden durch die Abhängigkeit von wankelmütigem Schutz der Obrigkeit geprägt. Vertreibungen wechselten mit Rückholungen. Zu besonders schlimmen Pogromen kam es während der Großen Pest um 1350. Viele deutsche Juden flohen damals nach Polen und ins spanische Aragon. Im 18. Jahrhundert forderte Moses Mendelssohn im Rahmen der Aufklärung

auch seine Glaubensgenossen auf, die Ghettos zu verlassen und sich in die bürgerliche Gesellschaft einzugliedern. 1809 verlieh Baden als erstes deutsches Land den Juden die Staatsbürgerschaft, die anderen folgten. Doch der wirtschaftliche Erfolg, den viele Juden, die sich vorwiegend in modernen Erwerbsfeldern engagierten, hatten, schürte den Hass antisemitischer Kreise. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Revolution von 1918 wurde der Antisemitismus zum Identitätsstifter im rechtsradikalen Lager und »jüdisch« zum Schimpfwort für alles, was man dort ablehnte. So wurden etwa Politiker wie Matthias Erzberger und Philipp Scheidemann, aber auch das ganze demokratische Lager, als jüdisch beeinflusst angefeindet. Es gab sogar Pamphlete, die Kaiser Wilhelm II. eine jüdische Mutter andichteten und das Scheitern des Kaiserreichs seiner vorgeblichen rassistischen Prägung zuschrieben. Konkret mit der jüdischen Bevölkerung Deutschlands, die etwa 0,8 Prozent ausmachte, hatte das nicht das Geringste zu tun, führte aber bekanntermaßen nach 1933 nicht nur zur Verfolgung der rund 500.000 deutschen Juden, sondern auch zum Völkermord an allen Juden Europas, derer man im Verlaufe des Krieges habhaft wurde.

Manche glauben anders: Sekten, Heiden und Schamanen

Etwa ein Prozent der Einwohner Deutschlands gehört anderen traditionellen Religionen an. Schätzungsweise gibt es

- ✓ 270.000 Buddhisten,
- ✓ 100.000 Hindus,
- ✓ 100.000 Jesiden (nahöstliche Volksgruppe mit eigener monotheistischer Religion),
- ✓ 15.000 Sikhs (indische Volksgruppe mit eigener monotheistischer Religion),
- ✓ 10.000 Anhänger des Bahai (im 19. Jahrhundert gestiftete Religion mit Elementen der traditionellen Weltreligionen).

Dazu kommen jede Menge kleinere Gruppen: ethnische Minderheitsreligionen, Sekten im Sinne von Abspaltungen von traditionellen Religionen, Sekten im Sinne von nach außen verschlossenen Gemeinschaften um irgendwelche Führungsfiguren, verschiedenste erst in der Moderne entstandene religiöse Bewegungen und die Wiederentdeckung heidnischer Kulte. Im Prinzip ist das auch okay, denn nach Artikel 4 Grundgesetz kann nun mal jeder sich zu dem bekennen, was er denn so glaubt, ob nun als traditioneller Christ oder selbst-erweckter Schamane.

Doch Religion ist in Deutschland eben nicht nur Privatsache. Als in den 1970er und 1980er Jahren orangegewandete Bhagwan-Anhänger zum bundesdeutschen Straßenbild zu gehören begannen, brach eine regelrechte Sektenhysterie aus, in der sich die Empörung über den Angriff auf das weltanschauliche Monopol der christlichen Kirchen mit der Angst mischte, die eigenen Kinder könnten in obskuren Gruppen einer Gehirnwäsche unterzogen werden.

Inzwischen wird die Debatte sachlicher geführt. Doch das Problem ist geblieben. So hat etwa die umstrittene *Church of Scientology* versucht, in Deutschland als Kirche und religiöse Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt zu werden. Was ihr in den USA und einigen Ländern Europas gelungen ist, hat in Deutschland nicht funktioniert. Zwar konnte sie vor Gericht Teilerfolge erzielen, wird aber auch als potenziell gefährlich vom Verfassungsschutz beobachtet.



Wahrscheinlich haben Sie schon mal von der *Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters* gehört, deren Mitglieder sich gerne als Piraten kleiden und deren »Nudelmesse« am Ortseingangsschild von Templin angekündigt wird wie anderswo der christliche Sonntagsgottesdienst. Die Religionspersiflage, die vor allem christliche Riten, aber auch jüdische und muslimische aufs Korn nimmt, ist keine deutsche Erfindung, sondern wurde 2005 in den USA als Reaktion auf die sogenannten Kreationisten gegründet, die die Schöpfungsgeschichte der Bibel wortwörtlich für wahr halten. Die »Pastafari« verlangen Gleichbehandlung mit traditionellen Religionen und haben beim *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* Klage eingelegt, als das Bundesverfassungsgericht ihnen diese verwehrte.

Doch im Grunde führen sie mit ihren Aktionen die Schwierigkeiten vor, weltanschauliche Gruppen den traditionellen Religionen gleichzustellen. Denn jeder Nonsens kann zur Weltanschauung deklariert werden. Und er muss nicht unbedingt humanistisch unterfüttert sein, wie das bei den Spaghettijüngern der Fall ist. Was ist zum Beispiel mit den neugermanischen Kulte, die zu einem großen Teil in der rechtsradikalen Szene verankert sind und sich von Wotan berufen fühlen, alles zu bekämpfen, was nicht germanische Wurzeln hat? Und möchte man am Ortsschild den Hinweis auf das Freitagsgebet der lokalen Salafisten-Gruppe hängen haben?

Eine strikte Trennung von Kirche und Staat könnte natürlich eine Lösung sein. Doch Religion(en) sind eben auch ein bedeutender Bestandteil der öffentlichen Kultur. Stellen Sie sich nur mal den Aufschrei vor, den es gäbe, wenn die Kölner Gemeinde den Dom, der ihr im Unterhalt zu teuer geworden ist, an Investoren aus Übersee verschern wollte!

Gut ein Drittel der Deutschen gehört keiner Religion an. Tendenz steigend. Wie viele von ihnen tatsächlich Atheisten sind, wie vielen Religion schlichtweg egal ist und wie viele einfach außerhalb offizieller Religionen glauben wollen, ist nicht erfasst. Als Interessensvertretung der Konfessionslosen versteht sich der 1993 gegründete *Humanistische Verband Deutschlands*. Wie die Kirchen unterhält auch er zahlreiche soziale Einrichtungen. Politisch fordert er die Abschaffung kirchlicher Privilegien beziehungsweise die gleichen Rechte für Vertreter nichtreligiöser Weltanschauungen. Die ältere *Humanistische Union* ist dagegen vor allem eine Bürgerrechtsvereinigung, zu deren Kernforderungen auch die strikte Trennung zwischen Religion und Staat gehört. Teilweise werden die Humanistischen Verbände bereits den Kirchen gleichgestellt. Aber die Humanisten präsentieren keineswegs alle Konfessionslosen. Zusammen kommen sie auf keine 30.000 Mitglieder.

Technisches: womit die Deutschen ausgestattet sind

Deutschland ist Hochtechnologieland. Das zeigt sich auch in der privaten Versorgung mit technischem Gerät.

Fahrbarer Untersatz mit zwei und vier Rädern

Obwohl man in Städten eigentlich keinen eigenen Wagen braucht, gibt es immer noch in über drei Vierteln aller Haushalte ein Auto (2019: 77,1 Prozent). Die Zahl ist über die letzten Jahre ziemlich konstant geblieben. Das Gleiche gilt für die Ausstattung mit Fahrrädern (etwa 80 Prozent) und Motorrädern (rund zehn Prozent).

Trotzdem gibt es natürlich deutlich mehr Fahrräder als Autos. Während in Haushalten, die mit Drahteseln ausgestattet sind, im Durchschnitt 2,2 davon vorhanden sind, liegt die Pkw-Flottenstärke bei durchschnittlichen 1,3 Fahrzeugen. Was deutlich zugenommen hat, ist die Ausstattung mit E-Bikes. Sie hat sich von 2015 bis 2019 (in rund neun Prozent der Haushalte) mehr als verdoppelt.



Gemäß deutscher Straßenverkehrsordnung ist ein E-Bike noch ein Fahrrad, wenn der Motor eine Leistung von maximal 25 Watt hat, nur funktioniert, wenn gleichzeitig getreten wird und die Höchstgeschwindigkeit auf 25 Stundenkilometer gedrosselt ist. Schnellere Bikes gelten als Kleinkrafträder. Ihre Fahrer brauchen einen entsprechenden Führerschein, eine Versicherung und müssen Helm tragen. Fahrräder, deren Hilfsmotoren auch ohne zusätzliches Treten funktionieren, es aber auf maximal 25 Stundenkilometer bringen, sind rechtlich Mofas.

Kommunikationselektronik zwischen Moderne und Tradition

Ja, es gibt tatsächlich Menschen in Deutschland, die telefonisch nicht zu erreichen sind. Doch viele sind es nicht. 99,9 Prozent aller Haushalte verfügen über Telefon. Das ist schon sehr lange so. Geändert hat sich natürlich die Art des Telefonierens. 2019 hatten fast 15 Prozent aller Haushalte keinen Festnetzanschluss mehr. Mindestens ein Mobiltelefon dagegen gab es in 97 Prozent aller Wohngemeinschaften, in der Regel waren das auch keine reinen Telefone, sondern Smartphones (81,6 Prozent), also internetfähige Geräte mit Touchscreen.

Über das Smartphone hinaus, gibt es in den meisten Haushalten auch noch einen Computer (91,6 Prozent). Der Trend geht dabei eindeutig zum Mobilgerät, also Laptop, Notebook oder Tablet. Stationäre Rechner finden sich in weniger als der Hälfte aller privaten Haushalte. Auch einen Drucker hält nicht jeder PC-Nutzer nötig. Ein solcher steht nur in gut drei Viertel aller deutschen Haushalte.

Obwohl gerade Jugendliche immer weniger das traditionelle Fernsehprogramm nutzen, sondern Filme, Serien und Podcasts auch unterwegs auf Smartphones und Tablets konsumieren, muss eine große Glotze weiterhin sein. In 96,2 Prozent aller Haushalte gibt es noch Fernseher, im Schnitt 1,7 Stück. Rund 90 Prozent sind moderne Flachbildgeräte.

Auch in Sachen Fotografie ist das Handy für viele kein vollwertiger Ersatz. In etwa einem Viertel aller Haushalte gibt es noch analoge Fotoapparate und zwei Drittel verfügen zusätzlich zum Smartphone über eine Digitalkamera.

Hauptsache gut gekühlt

Ohne Kühlschrank geht es nicht. Ein solcher findet sich tatsächlich in 100 Prozent aller deutschen Haushalte. In fast der Hälfte der Wohnungen kommt auch noch ein zusätzliches Gefriergerät dazu.

Auch die Zahl der Menschen, die ihre schmutzige Wäsche in den Waschsalon tragen oder zu Hause bei den Eltern abgeben, ist nicht sehr groß. In 96 Prozent aller Haushalten steht eine eigene Maschine. 43 Prozent haben dazu auch einen Wäschetrockner.

Auch ohne Kaffeemaschine geht bei vielen gar nichts. Sie ist in 83 Prozent aller deutschen Haushalte vorhanden. Fast ein Drittel verfügt über eine Pad- oder Kapselmaschine, 18 Prozent über einen Kaffeevollautomaten. Mikrowelle muss für knapp drei Viertel aller Haushalte sein. Beinahe ebenso viele verfügen auch über eine Geschirrspülmaschine.

